

Helmut Creutz: Geld und Wirtschaftskrise

190

Was das Geld mit der Wirtschaftskrise zu tun hat

Wer ein Problem wirklich lösen will, hat den Ursachen nachzugehen. Das gilt insbesondere für die zunehmenden Probleme und Krisenentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft.

Mein Versuch, hier die Ursachen einzukreisen, könnte verschiedene Wege gehen, so den geographisch-politischen, den wirtschaftlichen oder den historischen Weg.

Die Suche nach dem geographisch-politischen Weg geht sehr rasch ins Leere, da von den zunehmenden Problemen Länder in allen Erdteilen und mit den verschiedensten politischen Systemen betroffen sind, von Demokratien bis zu Diktaturen, von Monarchien bis zu kommunistisch regierten Ländern.

Auch die Untersuchung der verschiedenen Wirtschaftsformen hilft kaum weiter, da unter den Problemländern alle Varianten zu finden sind, Industrienationen wie Entwicklungsländer, rohstoffreiche wie rohstoffarme Volkswirtschaften, privatkapitalistische und staatskapitalistische Länder, planwirtschaftliche wie »soziale« oder »freie« Wirtschaftsformen. Selbst solche lang umschwärmten Muster- und Modellwirtschaften wie Israel oder Schweden im Westen oder Jugoslawien oder Kuba auf der anderen Seite, sind von den Krisen betroffen, wenn auch der Grad der Negativentwicklungen unterschiedlich ist, manchmal offen und manchmal noch verdeckt.

Fündiger werden wir dagegen auf dem historischen Weg, selbst wenn wir uns auf dieses Jahrhundert und den eigenen Raum beschränken. Wir werden nämlich dabei sehr schnell feststellen, daß alle unsere bisherigen Krisenentwicklungen sehr eng und letztlich ursächlich mit dem Geld zusammenhängen.

Bei der großen Inflation der Jahre 1921 bis 1923 bedarf dies wohl keiner weiteren Erläuterung. Aber auch die nächste Krise, die 1929 beginnende

Depression, hing mit dem Geld zusammen. Ausgelöst durch Börsen- und Bankenkräche als Folge überzogener Spekulationen mit geliehenem Geld, wurde sie durch die deflationäre Geldpolitik der damaligen Reichsbank noch verstärkt, die »in autonomer Erhabenheit die Weimarer Republik exekutierte«, wie Ehrenberg in seinem Buch »Zwischen Marx und Markt« 1973 treffend schrieb. Da die daraus resultierenden notleidenden Arbeitslosenheere Hitler an die Macht verhalten, kann man auch das »III. Reich« und den zweiten Weltkrieg als Folge jener geldbezogenen Entscheidungen und Ereignisse sehen

Die dritte große Krise, von 1945 bis 1948, war ebenfalls wieder währungsbedingt, nämlich durch ein Geld, für das niemand mehr mit Lust und Laune zu arbeiten bereit war, trotz der vorhandenen übergroßen Bedürfnisse.

Erst nachdem man dieses vorhandene Geld gegen ein mengenmäßig verringertes eintauschte – fälschlicherweise als Währungs»reform« bezeichnet – kam es zu einer Wiederbelebung der Wirtschaft. Sicher hatte der darauf folgende Aufschwung auch entscheidend mit dem großen kriegs- und zerstörungsbedingten Nachholbedarf zu tun. Wir sehen aber, daß er erst mit dem Geldumtausch beginnen konnte.

Nicht nur die Wirtschaftsstörungen sind also entscheidend geldordnungsbedingt, sondern auch die Wirtschaftsaufschwünge. Dies gilt für das »Wirtschaftswunder« nach dem zweiten Weltkrieg ebenso wie für das »Wunder der Rentenmark«, dem Aufschwung nach der großen Inflation im Jahre 1923.

Hat denn auch die heutige Krise mit dem Geld zu tun?

Selbst der unbefangenste Leser einer ganz normalen Tageszeitung wird in den letzten Jahren die Häufung von Begriffen feststellen, die alle direkt oder indirekt mit dem Geld zu tun haben. Dazu gehören die Begriffe Hochzinspolitik ebenso wie Verschuldung, Kapitalflucht wie Wechselkurs- und Währungsspekulationen oder Inflations- und Zinsauftrieb.

Wer sich die Mühe macht das Geschehen etwas genauer zu verfolgen, wird auch sehr schnell feststellen, daß die Länder mit den jeweils höchsten Inflations- und Verschuldungssätzen zumeist auch die »Spitzenreiter« der wirtschaftlichen Krisenentwicklungen sind, die man wiederum an den zunehmenden Arbeitslosenzahlen, sozialen Spannungen und Diskrepanzen zwischen Arm und Reich erkennen kann. – Daß die Krisen unserer

Tage mit dem Geld, der Geldmenge und der Kaufkraftstabilität zu tun haben, wurde auch durch den Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Dr. F. Leutwiler, anlässlich der Generalversammlung im April 1984, bestätigt:

»Eine starke Geldmengenexpansion bleibt nicht ohne Inflationsfolgen, was wiederum die Zinssätze in die Höhe treibt. Früher oder später schließt sich dann der Teufelskreis mit dem Zwang zu einer antiinflationären Politik, deren Wirkungen heute nur allzu bekannt sind: hohe Zinssätze, Rezession und Arbeitslosigkeit.«

Und an einer anderen Stelle seiner Rede sagte er:

»Demokratie setzt, wenn sie funktionsfähig bleiben will, eine stabile Währung voraus. Nur bei stabilem Preisniveau lassen sich nämlich die Verteilungsprobleme in der Wirtschaft sinnvoll lösen und die Staatsausgaben in vernünftigem Rahmen halten.«

Und auf eine unstabile inflationäre Währung bezogen:

»Auf keine andere Weise als durch Inflation können in kurzer Zeit so wenige so reich und so viele so arm gemacht werden.«

Leutwiler stellt also ganz klar heraus, daß sowohl die wirtschaftlichen wie die sozialen Probleme in einer Volkswirtschaft entscheidend mit dem Geld und seiner Stabilität zusammenhängen. Offensichtlich sind jedoch die Leiter der Notenbanken noch nicht in der Lage, für diese Kaufkraftstabilität zu sorgen, die uns vor Hochzinsentwicklungen und den daraus resultierenden Rezessionen mit ihren vielfältigen negativen Folgen bewahren könnte.

Ohne Zweifel haben die Notenbanken aus den Fehlern der Vergangenheit gelernt und sie versuchen durch Mengenkorrekturen die Schwankungen der Kaufkraft des Geldes zu verringern. Doch bei allem guten Willen haben sie – trotz genauer Kontrolle der herausgegebenen Geldmenge – die Steuerung der auf den Märkten nachtragenden Geldmenge immer noch nicht im Griff. Allein aber diese nachfragende Geldmenge ist für die Konjunkturentwicklung von Bedeutung, da mit jeder Unterbrechung der Nachfrage ein Rückgang von Produktion und Arbeit verbunden ist.

WECHSELWIRKUNG ZWISCHEN ZINSHÖHE UND REALEM BRUTTOSOZIALPRODUKT (BSP)

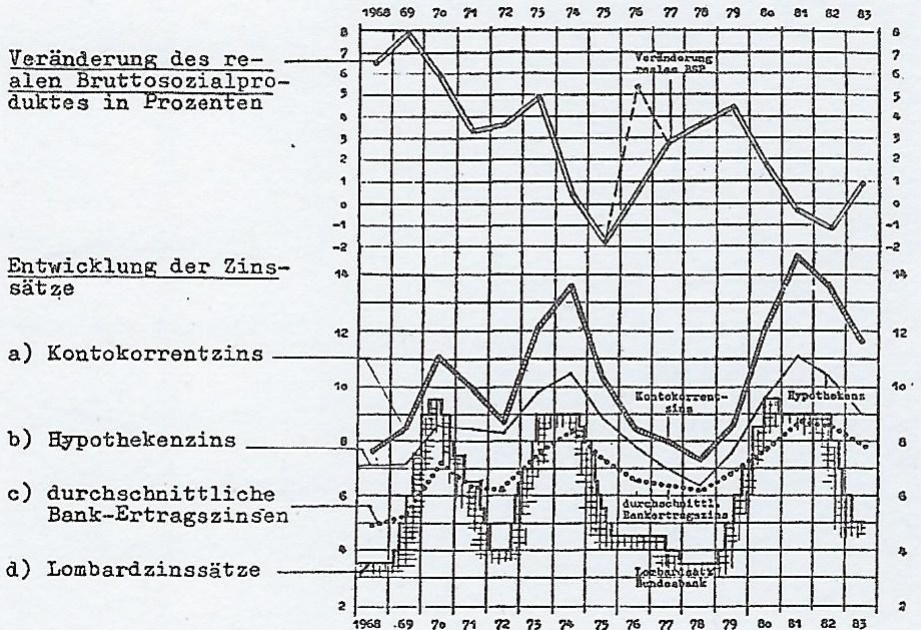


Abbildung 0.1: Wechselwirkung zwischen Zinshöhe und BSP

Kann man die Zusammenhänge zwischen Geld und Krisen nachweisen?

Wer – wie in der Darstellung 1 geschehen – einmal die Veränderungen der Zinssätze zusammen mit den Veränderungen der wirtschaftlichen Leistung aufträgt, wird sehr leicht die gegenläufigen Wechselwirkungen zwischen diesen beiden Größen erkennen: Bei steigendem Zins geht die wirtschaftliche Leistung zurück, bei sinkendem Zins erholt sie sich wieder, wenn auch jeweils mit etwa einem Jahr Verzögerung.

Die »Spiegelbildlichkeit« dieser Entwicklung wird besonders deutlich, wenn man sich die Veränderungen des Bruttosozialproduktes um ein Jahr nach links verschoben vorstellt und den einzigen »Ausreißer« in der Entwicklung im Jahre 1976 begründet. Dieser »Ausreißer« ist einmal durch

staatliche Konjunkturingriffe bestimmt gewesen (Investitionszulage) und zum anderen durch einen außergewöhnlichen Exportschub in diesem Jahr.

Noch deutlicher tritt die Wechselwirkung zwischen Zins und Krisenentwicklungen zu Tage, wenn man die Zinserträge der Banken (als Indikator für die Zinssatzhöhe) mit der Zunahme der Insolvenzen und der Arbeitslosigkeit vergleicht, wie in Darstellung 2 geschehen.

Auch hier wird deutlich erkennbar, wie der Zinsauftrieb mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr, diese Krisenindikatoren nach oben treibt. Zu Recht konnte man deshalb in den letzten Jahren verschiedentlich aus Bonner Kreisen hören, daß eine Senkung der Zinsen das beste und wirkungsvollste »Beschäftigungsprogramm« wäre.

Alleine bezogen auf das Geldkapital in der Bundesrepublik (= Verschuldung unserer Volkswirtschaft) in Höhe von derzeit rund 3000 Mrd. DM, würde eine Senkung der Zinssätze um beispielsweise vier Prozentpunkte eine rechnerische Entlastung der Volkswirtschaft in Höhe von 120 Mrd. bedeuten, eine Summe, die etwa der Hälfte der Bundeseinnahmen oder einem Zehntel des Volkseinkommens entspricht.

Eine Senkung aller Bruttolöhne und -gehälter um 4% würde dagegen nur mit etwa 30 Mrd. zu Buche schlagen, also einem viermal geringeren Betrag.

An diesen Zahlen kann man auch ermessen, in welcher Größenordnung die Zinsentwicklungen der letzten zehn Jahre die Volkswirtschaft belastet haben. So hat sich beispielsweise das Bruttosozialprodukt von 1968 bis 1982 von 535 auf 1600 Mrd. vergrößert, also auf das Dreifache, während in der gleichen Zeit die Zinserträge der Banken von 29 auf 229 Mrd. angestiegen sind, also auf das Achtfache des Ausgangswertes.

Wie hängen die Probleme genauer zusammen?

Daß zwischen Rezession und Arbeitslosigkeit ein Zusammenhang besteht, bedarf keiner näheren Erläuterung. Was aber haben diese Krisenindikatoren mit hohen Zinsen und diese mit der Inflation zu tun?

Nun, zwischen diesen beiden geldbezogenen Größen gibt es gleich zweimal einen Zusammenhang:

Einmal geht die Inflationsquote als »Sockel« in den Zinssatz ein. Je größer also die Inflation in einem Lande, umso höher ist im allgemeinen auch der Zins.

Zum zweiten versuchen die Notenbanken immer noch, die Inflations-

**"PARALLELEN" ZWISCHEN VERÄNDERUNG DER ZINSEN UND DER KRISENENTWICKLUNG-
ABGEHOBEN AUF DIE HOCHZINSPHASEN 1972 BIS 74 UND 1978 BIS 82**

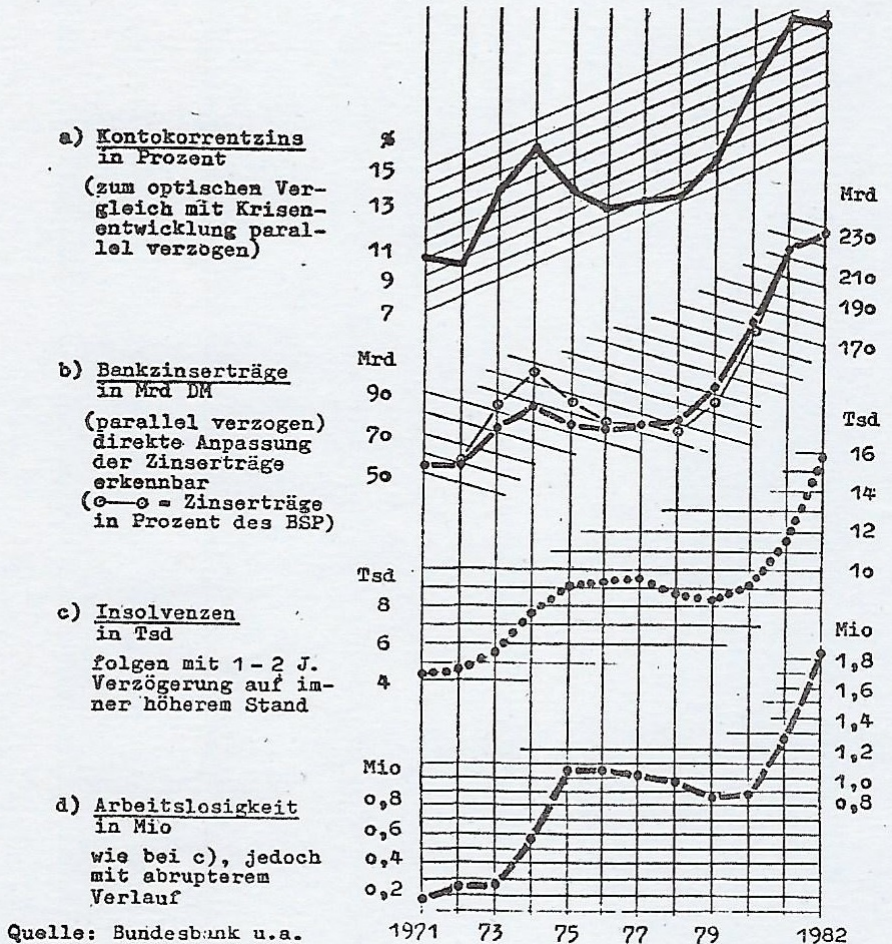


Abbildung 0.2: Parallelen zwischen Zinsveränderungen und Krisenentwicklung

entwicklung durch eine Erhöhung der Leitzinssätze herunterzudrücken. Diese »Verteuerung« des Geldes führt zu einem Rückgang der Nachfrage nach Krediten und damit auch der Investitionen. Da außerdem höhere Zinsen als höhere Kosten auf die Schulden durchschlagen, werden nicht nur die Investitionen verringert, sondern auch alle mit Krediten arbeitenden Unternehmen zusätzlich belastet. Diese zusätzlichen Lasten lassen sich in Zeiten schwacher Konjunkturen nur schwer oder gar nicht über die Preise an die Endverbraucher weitergeben. So kommen vor allem sowieso bereits geschwächte und hochverschuldete Unternehmen leicht in Schwierigkeiten. Diesen Schwierigkeiten versucht man durch Rationalisierungsmaßnahmen und vor allem Einsparungen im Personalbereich auszuweichen. Immer häufiger bleibt als Ausweg nur noch der Gang zum Konkursrichter offen.

Einsparungen wie Insolvenzen führen wiederum zu Arbeitslosigkeit und über rückläufige Lohneinkommen zum Rückgang der Massenkaufkraft, was die Krise weiter verschärft.

Daß ein solcher Einkommens- und Nachfragerückgang auf die Preise drückt, ist leicht verständlich, denn jeder Unternehmer möchte trotz der verringerten Absatzmöglichkeiten im Geschäft bleiben, notfalls zu reduzierten Preisen. Die Hochzinspolitik führt also tatsächlich zu einer Dämpfung des Preisauftriebs. Dies geschieht jedoch nicht durch eine sachgemäße inflationssenkende Geldpolitik mit Verringerung der zu großen Geldmenge und Sicherung des Umlaufs des marktnotwendigen Geldvolumens, sondern praktisch durch ein Abwürgen der Wirtschaft und der Konjunktur. –

Bei dieser seltsamen »Heilbehandlung« wird also das Übel Inflation mit einem noch größeren Übel bekämpft, nämlich dem Übel Hochzins und Rezession. Vergleichbar ist das Ganze mit der Behandlung eines Fieberkranken durch Unterkühlung. Und trotz der Folgen dieser Quacksalberei, trotz Arbeitslosigkeit, Firmenpleiten und zunehmender Sozialprobleme, haben manche der Verantwortlichen noch den Mut, das Ergebnis ihrer »antiinflationären Politik« als Sieg zu feiern. |||

Wer auf die Bundesrepublik bezogen die Problementwicklung anhand von Fakten beurteilen will, braucht sich nur mit den nachfolgenden aus Bundesbankberichten stammenden Zahlen vertraut zu machen.

Was sind denn die sozialen Folgen dieser Hochzinspolitik?

Von 1950 bis 1983 ist die Leistung unserer Volkswirtschaft, also das sogenannte Bruttosozialprodukt, von 98 auf 1666 Mrd. angestiegen, also auf rund das 17-fache.

In der gleichen Zeit ist jedoch das Geldvermögen in der Bundesrepublik von 60 auf 2.920 Mrd. angewachsen, also auf das 49-fache. Damit ist das Geldvermögen dreimal schneller als die Leistung angestiegen.

Da aber das Geldvermögen der einen die Verschuldung der anderen ist, ist auch die Verschuldung unserer Volkswirtschaft und damit auch die daraus resultierende Zinsbelastung entsprechend angestiegen, letztere durch die Zinsentwicklung zusätzlich verstärkt.

Entsprechend dieser überproportionalen Entwicklung der Schulden und Zinsen ist auch der Anspruch des Geldkapitals an die Leistung überproportional gestiegen. Anders ausgedrückt: Der Anteil, den das Geldkapital sich jedes Jahr aus dem »Leistungskuchen« herauschneidet, ist ständig gewachsen. Und da jeder Kuchen nur einmal gegessen werden kann, bedeutet diese relative Vergrößerung des Kapitalanteils eine entsprechende Verringerung des »Kuchenrestes«, der den Werteschaffenden zur Verteilung in den eigenen Reihen übrigbleibt.

Solange wir ein ständiges Wirtschaftswachstum hatten, fiel diese Anteil- und Einkommensverschiebung kaum oder gar nicht auf. Auch die Arbeitleistenden konnten jedes Jahr mit einem größeren Stück nach Hause gehen, wenngleich der Zuwachs dieses Anteils – wie aus den obigen Zahlen deutlich wird – immer kleiner werden mußte. Die geringen Wachstumsraten der letzten Jahre ließen dann die Diskrepanzen sichtbar werden und führten schließlich sogar zu einem Rückgang der Realeinkommen aus Arbeit, zum Teil »verdeckt« in Form von Arbeitslosigkeit.

Kann man die Negativentwicklung der letzten Jahre auch In Zahlen nachweisen?

Die unterschiedlichen Einkommensentwicklungen und Anteilverschiebungen lassen sich aus der nachfolgenden Darstellung 3 leicht herauslesen.

Wie schon optisch erkennbar, sind die Einnahmen des Staates und der Arbeitleistenden in den dargestellten Jahren geringer angestiegen als das Bruttosozialprodukt, das ja als Maßstab der Leistung und damit auch der möglichen Einkommensverteilung gilt. Völlig überproportional und gut

ENTWICKLUNG EINIGER VOLKSWIRTSCHAFTLICHER SCHLÜSSELGRÖSSEN / 1978 - 82
IM VERGLEICH ZUR ENTWICKLUNG DER VOLKSWIRTSCHAFTLICHEN GESAMTLEISTUNG

Quelle: Bundesbank

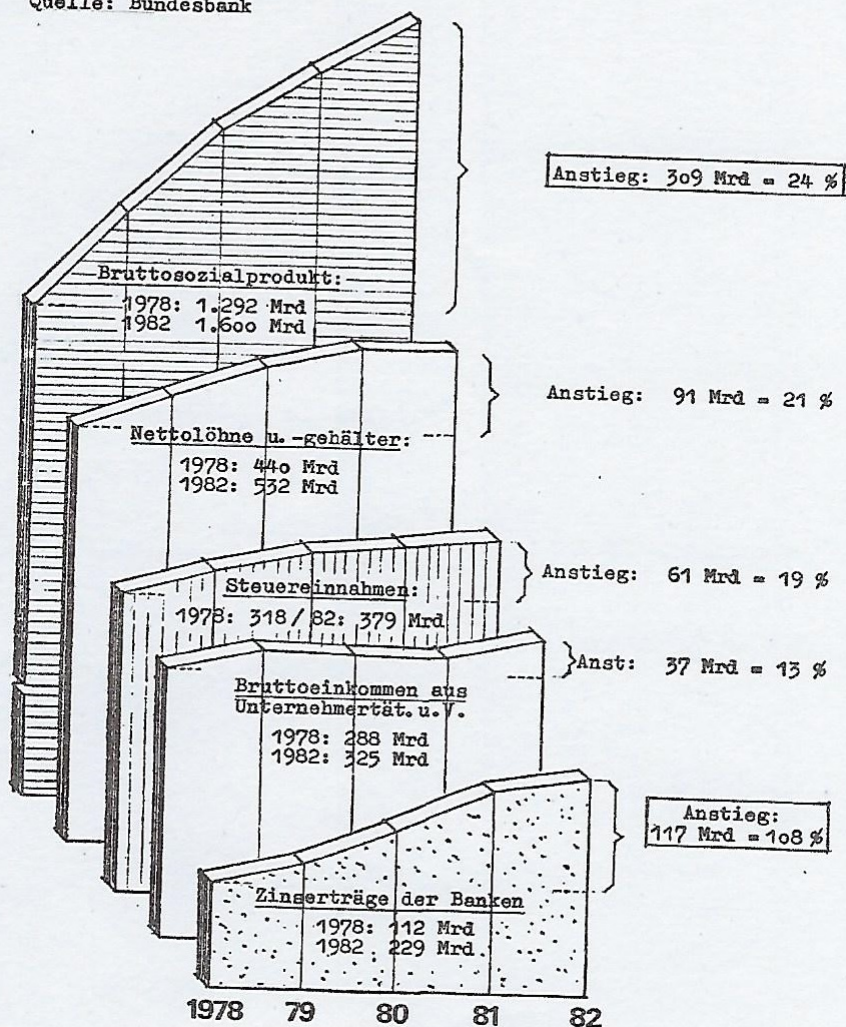


Abbildung 0.3: Entwicklung einiger volkswirtschaftlicher Schlüsselgrößen

viermal schneller als das BSP sind dagegen die Zinserträge der Banken angestiegen, als gewählter Maßstab für die Einnahmen des Geldkapitals. Auch in realen Zahlen haben sie den größten Anteil des Leistungszuwachses von 309 Mrd. beansprucht. Auch wenn man die nicht dargestellten Zinsaufwendungen der Banken (also die Auszahlungen an die Bankanleger) heranzieht, liegen diese mit einem Zuwachs von 97 Mrd. noch über dem Zuwachs der Nettolöhne und -gehälter von 91 Mrd.

Sehr deutlich ist auch zu erkennen, daß mit dem Zinsauftrieb ab 1978 die Einkommen der Unternehmer zu sinken beginnen und sich diese ab 1981, mit dem Sinken der Zinsen, wieder erholen.

Vergleicht man jetzt einmal die Entwicklung des Bruttosozialproduktes mit demjenigen der Verschuldung (die in der Darstellung nicht eingetragen ist), dann steht einer Zunahme des BSP von 309 Mrd. DM in den herangezogenen vier Jahren eine Zunahme der Verschuldung von 852 Mrd. gegenüber. In den letzten Jahren ist also die Verschuldung dreimal stärker angestiegen als die volkswirtschaftliche Leistung, im Durchschnitt jährlich um 213 Mrd. DM.

Daß diesem Auftrieb nicht durch ein »Vermögenswirksames Sparen in Arbeitnehmerhand« beizukommen ist, macht ein Zahlenvergleich deutlich: Selbst wenn alle Arbeitnehmer in den letzten Jahren nach dem 624-DM-Gesetz vermögenswirksam gespart hätten, wären jährlich nur rund 14 Mrd. zusammengekommen, also nur ein Bruchteil des tatsächlichen Geldkapitalzuwachses, der im übrigen inzwischen mehr aus Zinseinnahmen resultiert als aus gesparter Arbeitsleistung.

Was sind die Folgen dieser Einkommensverschiebung?

253 Ist eine Waage einmal aus dem Gleichgewicht, dann zieht jede Umschichtung von der leichteren in die schwerere Schale ein beschleunigtes Anwachsen der Diskrepanzen nach sich.

Genauso ist es auch bei dem zinsbedingten Einkommenstransfer: Mit jeder Mark, die von den Arbeitleistenden in die Taschen der bereits Besitzenden fließt, beschleunigt sich auch die Problematik dieser Einkommensumschichtung: Die ersten werden immer ärmer und die zweiten immer reicher.

Da die ersteren aber jene Wirtschaftsteilnehmer sind, die zumeist noch Bedürfnisse haben, während die Bedürfnisse der Besitzenden meistens gesättigt sind, fällt zunehmend notwendige und sinnvolle Nachfrage aus.

Anders ausgedrückt: Die Arbeitleistenden sind immer weniger in der Lage, die selbstgeschaffenen Werte auch selber mit ihrem Einkommen aufzukaufen. Gelöst werden kann diese zunehmende Diskrepanz nur durch einen Rücktransfer der an das Kapital geflossenen Einkommensteile. Dies ist – wie der Augsburger Verfassungsrechtler Prof. Dieter Suhr richtig schreibt¹ – entweder über eine kreditäre oder eine staatliche Rückverteilung möglich.

Die Rückverteilung über den Staat muß mit Kosten für die Bürokratie, mit Reibungsverlusten und Fehlverteilungen bezahlt werden, die Rückverteilung über Kredite mit erneutem Zins.

Über die kreditäre Rückverteilung müssen sich die Arbeitleistenden also im Grunde jene Anteile zurückleihen, die ihnen über den Zinstransfer »gestern« weggenommen wurden. Mit jedem zusätzlichen Leihvorgang fließt also immer noch mehr Kaufkraft »von den Kassen mit Bedarf in die Kassen ohne Bedarf« (Suhr) und bringt damit die Waage noch mehr aus dem Gleichgewicht. Im gleichen Umfang und Tempo müssen dann auch die Probleme wachsen, die in wirtschaftlicher und sozialer Hinsicht mit diesem ganzen Transfer verbunden sind.

Was ist zu tun?

Wenn man an die Kausalitätenkette Inflation, Hochzins, Rezession und Arbeitslosigkeit denkt (von den nachfolgenden sozialen und politischen Spannungen nicht zu reden), dann ergibt sich eigentlich auch der Lösungsweg ganz von alleine:

Wer Rezession und Arbeitslosigkeit vermeiden will, muß für ein Absenken der hohen Zinsen sein und dazu wiederum ist entscheidend die Vermeidung inflationärer Entwicklungen erforderlich.

Anders ausgedrückt: Wer für eine stabile, funktionierende und gerechte Wirtschaft und Gesellschaft ist, der muß sich für eine stabile Währung einsetzen! Eine stabile Währung wiederum ist nur durch ein stetiges Gleichgewicht der nachfragenden Geldmenge mit dem Angebot zu erreichen.

Die nachfragende Geldmenge wiederum kann nur im Gleichgewicht mit dem Angebot gehalten werden, wenn die Notenbank nicht nur die

¹Dieter SUHR. »Auf Arbeitslosigkeit programmierte Wirtschaft«. In: *Zeitschrift für Rechtspolitik* 9 (1983).

ausgegebene Geldmenge im Griff hat, sondern auch ihren regelmäßigen Umlauf bzw. nachfragenden Einsatz.

Damit haben wir die eigentliche Problemursache erreicht: Die Sicherung des Geldumlaufs!

Die heute zur Umlaufsicherung benutzten Mittel, nämlich die dosierte Inflation (als Peitsche) und der Zins (als Zuckerbrot), sind beide unzureichend, unzuverlässig und außerdem – wie wir gesehen haben – mit großen negativen Folgewirkungen behaftet, die sich auf Dauer immer weniger unter Kontrolle halten lassen.

Der »Umlauf des Geldes«, also sein regelmäßiger Einsatz, muß darum auf eine konstruktive Weise erreicht werden, die nicht nur die destruktiven heutigen Mittel Inflation und Zins ersetzt, sondern den Zins – als Quelle immer größerer Sozialprobleme – nach und nach absinken und schließlich wertneutral um den Nullpunkt herum pendeln läßt.

Dafür gibt es verschiedene relativ einfache Lösungswege, die hier nicht weiter behandelt werden sollen. Technisch sind sie kaum schwieriger und aufwendiger als die wöchentlichen Toto- und Lottoauslosungen.

Abschließende Gedanken

Wie das Waldsterben nur durch ein Herausfinden und Abstellen der Ursachen wirklich zu überwinden ist, so ist auch die zunehmende Problematik im Bereich der Wirtschaft nur auf diesem Wege abzubauen. Ein Herumkurieren an den Symptomen, ein Debattieren über Beschäftigungsprogramme und Verringerung des Sozialabbaus, helfen bei den volkswirtschaftlichen Problemen ebensowenig weiter, wie Diskussionen über ein Kalken der Böden und Besprühen der Zweige bei den Bäumen.

Es ist darum zu hoffen, daß diese Ausführungen und vor allem die Fakten und Zahlen erkennbar machen konnten, daß ohne Einbeziehung der geldbezogenen Zusammenhänge alle Bemühungen, die Krisen zu meistern, zum Scheitern verurteilt bleiben müssen. Alle anderen Versuche werden allenfalls kurzfristige Entlastungen bringen können, hinter denen sich die Probleme dennoch mit zunehmender Stärke weiterentwickeln.

Wer sich intensiver mit diesen Zusammenhängen und Wechselwirkungen zwischen Geld, Wirtschaft und Gesellschaft befaßt, wird sehr rasch erkennen, daß hiervon nicht nur die wirtschaftlichen und sozialen Problementwicklungen betroffen sind, sondern auch die umwelt- und friedensbezogenen.

Sicherlich werden sich mit einer Korrektur der Fehler in unserer Geld- und Währungsordnung nicht sämtliche Probleme von alleine lösen, aber ohne diese Korrektur werden sie nicht lösbar sein.

Editorische Notiz: Dieser Artikel erschien in zwei Folgen in der Zeitschrift »N&G« [(3/1985: 190-1) + (4/1985: 252-53)] und wurde dann im Eigenverlag als Broschüre herausgegeben (Nr. 10). Die marginale Paginierung folgt der Zeitschrift.

Dieser Text von Helmut Creutz ist urheberrechtlich geschützt unter der CC-Lizenz BY-NC-SA 4.0.

